





info@afd-fraktion al



- Ratiders



AfD-Fraktion Bergisch Gladbach Konrad-Adenauer-Platz 1 · 51465 Beraisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach Bürgermeister Frank Stein Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach 14 - Ratsbüro

1**0.** Jan. 2023

06. Januar 2023

Die Stadt Bergisch Gladbach möge das Laden der kommunalen E-Fahrzeuge einstellen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die AfD-Fraktion bittet, zur nächsten Sitzung des AIUSO am 07. Februar 2023 folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

Antrag: Die Stadt Bergisch Gladbach möge beschließen, das Laden der kommunalen E-Fahrzeuge einzustellen, solange bis der Deutsche Strommix dauerhaft einen Emissionsvorteil der Elektrofahrzeuge degenüber Fahrzeugen mit fossilem Antrieb ermöglicht.

Begründung:

Die Regierungsfraktionen und Teile der Opposition haben in den letzten Jahren eine Umstellung des kommunalen Fahrzeugparks von Diesel-Betriebenen Fahrzeugen zu Elektrofahrzeugen veranlasst.

Die jüngste Entwicklung auf dem Energiemarkt hat, angetrieben von der Bundesregierung, dazu geführt, dass der deutsche Strommix mit enormem CO2-Ausstoß verbunden ist, der durch die zu erwartende Abschaltung der verbliebenen Kernkraftwerke noch katastrophaler werden wird. Ältere und neuere Studien zeigen nun, dass die CO2-Bilanz von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen beim deutschen Strommix erheblich schlechter ist, als bei Antrieben mit fossilen Kraftstoffen.¹

Der deutsche Strommix wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern, deshalb bereitet die Bundesnetzagentur und die Bundesregierung eine Gesetzesänderung vor, dass das Laden von E-Fahrzeugen bei Strommangellagen eingeschränkt werden kann. In solchen Fällen wäre die Daseinsvorsorge der Kommune nicht mehr gewährleistet. Die Regierungsparteien und Teile der Opposition sind der festen Überzeugung, dass CO2 dem Klima schadet, und zu einer Gefahr für den Fortbestand der Zivilisation wird. Es herrscht die Ansicht, dass die Menschheit nur mehr ein begrenztes Budget zur Emission von CO2 hat, ehe ein Kipppunkt erreicht ist, der alle Maßnahmen zur Rettung des Klimas unwirksam macht, und zu einer unbewohnbaren Erde führt.

¹ https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2022/diesel-klimafreundlicher-als-e-autos/

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass nach Art. 20a GG der Staat zum Klimaschutz verpflichtet ist, und zielt auf die Herstellung von Klimaneutralität. Da der Betrieb von Elektrofahrzeugen dem entgegensteht und Alternativen existieren, widerspricht er dem Grundgesetz. Die AfD-Fraktion beantragt nun, das Laden von kommunalen E-Fahrzeugen sofort einzustellen, um den Ausstoß von CO2 zu mindern. Diese Maßnahme hat eine stark positive Klimarelevanz und soll andauern, bis der deutsche Strommix wieder einen Emissionsvorteil für Elektrofahrzeuge ermöglicht.

In der Folge sei noch der deutsche Strommix im Dezember 2022 gezeigt. In dieser Zeit fuhren alle Elektrofahrzeuge der Kommune mit Kohle und Erdgas, selbst die von den Grünen teuer beschafften E-Lastenräder fuhren mit Kohle. Über den Rest des Jahres ist die Situation nicht viel besser, und 2023 wird die Kernenergie noch durch Kohle ersetzt. Der Ausbau der Windenergie ist in weiter Ferne, und wird auch künftig bei Windstille keine Energie liefern. Auch die Solarpaneele werden erst in den nächsten Jahren in größerer Zahl installiert werden, und liefern auch in der Nacht sicher keinen Strom.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Waniczek Sachkundiger Bürger i.A. Frank Cremer Fraktionsgeschäftsführer

F. how